

KV-Verhandlungen

GBH an Kurz & Strache:
Verkaufen Sie uns Arbeit-
nehmer nicht für blöd

Seiten 4-6

Sozialversicherung

Experten bestätigen –
schwarz-blaue Regierung
lässt Patienten zahlen

Seiten 8-13

Österreich „Hotspot“

Jede zweite ausländische
Baufirma bekommt eine
Anzeige wegen Lohndumpings

Seite 15



Wir holen uns zurück, was uns genommen wurde!

... dazu benötigen wir jedes Mitglied!



Hier wurde von Kurz und Strache
ein Gesetz durchgepeitscht, in dem
sie **keine Rücksicht auf Schwer-
arbeit und Schichtarbeit** nehmen.

Wo ihnen die Menschen egal sind, wo sie nicht
darauf achten, dass Schwerarbeit in Verbindung
mit 60-Stunden-Wochen krank macht. **Das ist das
Schlimme und Unmenschliche.**



Wir holen uns zurück, was uns genommen wurde

... dazu benötigen wir jedes Mitglied!

Der heiße Herbst hat begonnen. In KV-Verhandlungen, Sozialpartnerggesprächen und unserer eigenen Initiative für ein faires, gerechtes Arbeitszeitrecht wollen wir uns zurückholen, was uns Arbeitnehmern weggenommen wurde.

Um unseren Forderungen auch das notwendige Gewicht zu verleihen, müssen wir noch stärker werden. Dazu benötigen

wir deine Hilfe. **Unterstütze uns bitte dabei, Mitglieder zu werben.**

Wir alle haben faire Arbeitsbedingungen verdient und fordern Respekt für unsere Leistungen ein!

Gerade jetzt, wo die erworbenen Rechte einem Frontalangriff ausgesetzt sind, ist es sehr wichtig, dass wir gemeinsam ein Zei-

chen setzen: Sei bei unserem Kampf für mehr Gerechtigkeit und ein menschliches Miteinander dabei und hilf uns, noch stärker zu werden.

Je stärker wir sind, je mehr Mitglieder wir haben, desto besser können wir uns für deine Anliegen einsetzen. Miteinander können wir mehr erreichen!

60-Stunden-Woche und 12-Stunden-Tag: Darum geht's wirklich!

Beschäftigte in Österreich arbeiten sehr flexibel. Die Kollektivverträge enthalten ausreichend Regelungen, die die Interessen von Betrieben und Beschäftigten berücksichtigen. Das Arbeitszeitgesetz erlaubt schon jetzt in Ausnahmefällen und zeitlich befristet eine tägliche Höchstarbeitszeit bis zu 12 Stunden.

Wenn Kurz- und Strauche von mehr Flexibilität sprechen, meinen sie in Wirklichkeit längere Arbeitszeiten für weniger Geld und weniger Mitsprache!

Wir sind für eine moderne Arbeitszeitflexibilisierung, aber wir sind gegen ein Diktat der Industriebosse. Diese Regierung hat sich im Wahlkampf verkauft und muss jetzt liefern. In einem neuen und fairen Arbeitszeitgesetz sollte es aber eine Ausgewogenheit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber geben. Das gesamte Lebensumfeld aller Beteiligten muss beachtet werden, von der Gesundheit über Freizeit, Familie, Kinderbetreuung bis hin zum Einkommen.

Deshalb fordern wir:

- Mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit
- Leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche
- Gesetzliche und kollektivvertragliche Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn
- Das Recht auf eine 4-Tage-Woche

* davon steht trotz Streik-Ankündigung nichts im neuen Arbeitsvertrag

Österreichs Beschäftigte sind bereits flexibel

- 1,4 Millionen ArbeitnehmerInnen werden mindestens einmal im Monat zu kurzfristiger Mehrarbeit aufgefordert
- Jeder vierte Mann und jede fünfte Frau werden mindestens einmal pro Woche aufgefordert, länger zu arbeiten
- 3 von 10 ArbeitnehmerInnen können sich kurzfristig 1-2 Tage frei nehmen
- Mit 41,5 Stunden/Woche sind wir bei der Länge der Arbeitszeit im europäischen Spitzenfeld
- 250 Millionen Überstunden wurden 2017 geleistet, jede Ffritte davon nicht bezahlt!

NEIN zur 60-Stunden-Woche und zum 12-Stunden-Tag!

12/60

Freiwilligkeit gibt es in der Praxis nicht!

Das neue Gesetz regelt nicht, wann du deine geleisteten Überstunden abbauen kannst bzw. ausbezahlt bekommst!

Am 5. Juli wurde von ÖVP, FPÖ und NEOS eine Arbeitszeitverlängerung beschlossen!

Gewerkschaftliche Unterstützungen!

Neben dem Kampf um gerechten Lohn und soziale Besserstellung gibt es von der Gewerkschaft für ihre Mitglieder zusätzlich folgende Leistungen ...

Rechtsschutz
5-Vollbezüge
Für Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis wird kostenlos ein Rechtsanwalt durch die Gewerkschaft beigestellt (Lohn-differenzen, Unfall bei der Arbeit, Unfall auf dem Weg von und zur Arbeit, Pensumsangelegenheiten, Vertretung vor dem Schiedsgericht).

Arbeitslosenunterstützung
2-Vollbezüge - anteiliger Anspruch
Diese richtet sich nach der Höhe der geleisteten Vollbezüge und wird je nach Dauer der Mitgliedschaft für 3 bis 6 Monate gewährt. Ein neuere Angabe auf Arbeitslosenunterstützung erhebt, wenn nach dem letzten Bezug wieder 12 Vollbezüge geleistet wurden.

Bildungseinrichtung der Gewerkschaft Bau-Holz
12-Vollbezüge
Die Bildungseinrichtung der Gewerkschaft Bau-Holz gewährt Mitgliedern, die einen Kurs zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, zum Sozial- oder Arbeitsrecht oder zur politischen Bildung besuchen, eine finanzielle Unterstützung.

Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach den tatsächlichen Kurskosten, 50 Prozent der Kurskosten, maximal 2200 Euro, können gewährt werden. Eine Unterstützung kann in einem Durchrechnungszeitraum von 5 Jahren einmalig beantragt werden. Antragskategorie gibt es in den Landesorganisationen und der zentralen Bildungseinrichtung.

Wir unterstützen die Weiterbildung unserer Mitglieder!

Unterstützung aus dem Katastrophenfonds des ÖGB
612-Vollbezüge
Bei großen Sachschäden durch Brand, Hochwasser usw. kann an dem Katastrophenfonds des ÖGB ein Zuschuss (jeweils von 6 Monaten um finanzielle Unterstützung gewährt werden, wenn die Schadenssumme mind. 700 Euro beträgt (nur Wohngebäude, die Hauptwohnsitz sind).

Streikunterstützung
13-Vollbezüge
Das Ausmaß dieser Unterstützung richtet sich nach der Höhe der geleisteten Vollbezüge.

Zusätzliche Leistungen für unsere GBH-Mitglieder

... deine Gewerkschaft Bau-Holz!

Es zahlt sich aus, dabei zu sein!

Werbematerial bekommst du in deiner GBH-Landesorganisation

- Folder Nein zu 60/12
- Buttons Nein zu 60/12
- Sticker Nein zu 60/12
- Infofolder GBH-Leistungen
- GBH-Beitrittserklärungen

Download: www.bau-holz.at



An Gewerkschaften werden höhere Löhne nicht scheitern

Der letzte PR-Gag dieser Bundesregierung war ein ganz besonderer. Kanzler Kurz und sein Vize Strache ließen uns über die Medien ausrichten, dass sie sich „einen höheren Gehaltsabschluss im Rahmen der KV-Verhandlungen wünschen“. Das alles, nachdem sie den Beschäftigten mit ihren letzten Maßnahmen angefangen von der Arbeitszeitverlängerung bis zur Zerschlagung der Sozialversicherung in den Rücken gefallen sind. Gerade deshalb werden wir den Wunsch der Regierung bei den Lohnverhandlungen berücksichtigen.

Der medial ausgerichtete Regierungswunsch nach deutlich höheren Löhnen ist billiger Populismus und ein Hohn für jeden Arbeitnehmer in Österreich!

Kurz und Strache sollen ihre populistischen „Spielchen“ besser an die richtige Adresse richten, nämlich an die Industriellenvereinigung, die Auftraggeber des neuen Arbeitszeitgesetzes – welches den Menschen Gesundheit, Zeit und Geld nimmt.

Wenn Kurz und Strache die Anliegen der Arbeitnehmer wirklich wichtig wären, hätten sie nicht die AMS-Mittel gekürzt, die Arbeitszeit erhöht und massive Verschlechterungen bei der Altersteilzeit durchgepeitscht.

Die Beschäftigten aus unseren Branchen sind die großen Verlierer

Von allen diesen schwarzblauen Maßnahmen sind unsere Bau-, Holz, und Stein-Branchen am stärksten betroffen.

**Egal, ob im Tunnelbau,
wer kann schon 12 Stunden
unter'm Berg hackln?
Oder in Hallen, wo die
Temperaturen im Sommer
unzumutbare Höhen erreichen.
Oder bei Arbeiten im
Freien bei enormer Hitze,
wo kein Hund und keine
Katze freiwillig aus
dem Schatten gehen.**

Versicherte müssen die Machtverschiebung in der Sozialversicherung zahlen

Auch beim Umbau der Sozialversicherung versucht die Regierung, die Arbeitnehmer für dumm zu verkaufen.

Wenn Kurz und Strache behaupten, dass eine Milliarde Euro an Einsparungen möglich sind, welche dann wieder den Versicherten zu Gute kommen sollen, dann ist das unglaublich, dann sind das echte „Fake-News“. Nach ersten Experten-Berechnungen wird dieser Umbau nämlich mehr kosten, als er bringt. Im Gegenteil, das funktionierende Sozialversicherungssystem wird geopfert, Mehrkosten entstehen und letztendlich werden Leistungen für die Versicherten gekürzt und sogar Selbstbehalte eingeführt.

Viele offene Fragen zur Steuerreform

Kurz und Strache versprechen uns eine große Steuerreform, damit Arbeitnehmer in Zukunft weniger Steuern bezahlen müssen. Die Antwort auf die wesentlichste Frage, wie der entstandene Steuerausfall gegenfinanziert werden soll, bleiben sie schuldig. Wird es höhere Steuern für Großkonzerne und Milliardäre geben, welche den Wahlkampf von Kurz und Strache finanziert haben, oder bezahlen wir Arbeitnehmer uns die Reform selbst?

Hilf' uns dabei, noch stärker zu werden

Umso wichtiger ist es, dass wir als GBH weiter unsere Stimme gegen diese Ver-



schlechterungen erheben. Um jedoch noch stärker gehört zu werden, müssen wir noch lauter werden und der beste Weg dazu sind neue Mitglieder. Je mehr neue Mitglieder wir gemeinsam werben, umso stärker sind wir und umso mehr können wir erreichen – umso schwerer fällt es dieser Bundesregierung, die Anliegen und Wünsche der Arbeitnehmer zu überhören.

Bitte unterstütze uns dabei bestmöglich in deinem Wirkungsbereich. Dann holen wir uns gemeinsam zurück, was uns genommen wurde!

Abg. z. NR Josef Muchitsch
Bundesvorsitzender der GBH

Wir wollen zurück, wa



Nowotny: 5 Prozent Lohnforderung nicht überschießend

Die von der Metallergewerkschaft erhobene Forderung nach einer Erhöhung der Löhne um 5 Prozent ist nach Ansicht von Nationalbankgouverneur Ewald Nowotny „nicht besonders überschießend“. Das Wachstum liege heuer bei ungefähr 3 Prozent und die Inflation bei etwa 2 Prozent, das ergebe ein nominelles Wachstum von rund 5 Prozent, erklärte Nowotny.

Im kommenden Jahr dürfte die Inflation in Österreich etwa jener in Deutschland entsprechen, glaubt Nowotny.

Dass die Teuerungsrate in Österreich mit über 2 Prozent deutlich über jener des Euroraums von 1,7 Prozent liege, sei auch strukturell bedingt, sagte der Notenbank-Gouverneur. In Österreich sei der Dienstleistungssektor im Vergleich zu anderen Staaten, etwa im Vergleich zu Deutschland, deutlich größer. Im Dienstleistungssektor gebe es weniger Produktivitätszuwachs und daher tendenziell eine höhere Inflation. Ein anderer Grund für die höhere Inflation in

Österreich sei eine Zeit lang beim öffentlichen Sektor zu sehen gewesen, wo es zu höheren Steuern und Abgaben gekommen sei.

„Ich glaube, wir sind derzeit in einer wirklich sehr guten Wirtschaftslage. Die Geldpolitik entspricht eigentlich noch dem Krisenmodus.“ Er sei daher der Meinung, „dass die Normalisierung etwas rascher erfolgen sollte als das derzeit geplant ist“.

Die Entwicklung des Aktienmarktes „gehört zu den Bereichen, die mir Sorge machen“, sagte Nowotny. „Wir haben

jetzt Kurs-Gewinn-Verhältnisse, die ungefähr denen entsprechen, die wir vor der Krise hatten.“ Er halte das „für eine eher gefährliche Entwicklung - speziell, wenn das kreditgetriebene Käufe sind“.

Allerdings sei ein Crash wie vor zehn Jahren heute „in dieser Form nicht“ möglich, glaubt Nowotny.

Man habe aus der Krise gelernt und mit Regulierungen reagiert. Vor allem werde heute von den Banken mehr Eigenkapital verlangt. „In Österreich etwa hat sich seit 2008 die Kernkapitalquote der Banken mehr als verdoppelt.“

s uns genommen wurde

900 KV-VerhandlerInnen bei 1. österreichweiter KV-Konferenz

Die Wirtschaft hat bestellt, die Regierung hat den 12-Stunden-Tag mit 60-Stunden-Wochen geliefert.

Deshalb wollen ÖGB und Gewerkschaften jetzt auch von der Wirtschaft zurück, was den ArbeitnehmerInnen mit diesem Husch-Pfusch-Gesetz genommen wurde. Deshalb kamen erstmals 900 Kollektivvertrags-VerhandlerInnen aus allen Gewerkschaften zusammen, um eine gemeinsame Linie für alle Kollektivvertrags-Verhandlungen zu beschließen.



Neben ordentlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen geht es in der heurigen Lohnrunde deshalb vor allem auch um die Arbeitszeit. Die Gewerkschaften fordern für alle Branchen Planbarkeit, Selbstbestimmung, Rechtssicherheit und nicht zuletzt eine Arbeitszeitverkürzung. Auch in jenen Bereichen, die – wie die Branchen der GBH – erst im Frühjahr verhandelt werden, fordern die Gewerkschaften von ihrem jeweiligen Gegenüber auf Arbeitgeberseite eine Sonder-KV-Runde zum Thema Arbeitszeitregeln. „Wir kämpfen Branche für Branche für Verbesserungen im Sinne der



Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, sagte ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian.

Wir haben Aufholbedarf bei den KV-Verhandlungen, dass wir das korrigieren, was uns Kurz und Strache mit diesem neuen Arbeitszeitgesetz angetan haben.

GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch

ÖGB startet Initiative für ein modernes Arbeitszeitrecht

Weder Sozialpartner noch andere namhafte ExpertInnen waren in den Gesetzwerdungsprozess des neuen Arbeitszeitrechts eingebunden. Deshalb startet der ÖGB eine Initiative für ein neues, modernes Arbeitszeitrecht.

Arbeitszeit – Ziele für die Kollektivvertrags-Verhandlungen

Die TeilnehmerInnen der Konferenz haben sich auf Forderungen geeinigt, die in den unterschiedlichen Branchen eine Grundlage für die kommenden Kollektivvertragsverhandlungen sein werden. Der Forderungskatalog wird von den Gewerkschaften entsprechend der Anforderungen in den einzelnen Branchen angepasst. Es

geht hier u.a. um eine Verkürzung der Normalarbeitszeit im KV, höhere Überstundenzuschläge, einen Rechtsanspruch auf die 4-Tage-Woche und die leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche.



Wir kämpfen Branche für Branche für Verbesserungen im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian

Metaller fordern 5 Prozent mehr Lohn

Den Anfang der heurigen KV-Runde macht das Verhandlungsteam von PRO-GE und GPA-djp in der Metallindustrie. Gefordert werden neben den Punkten zur Arbeitszeit 5 Prozent mehr Lohn und Gehalt bzw. ein Mindestbetrag von 100 Euro für die rund 192.000 Beschäftigten der Metallindustrie.

12 Stunden Schwerarbeiten am Tag macht krank und kann sogar tödlich enden. Allein am Bau hatten wir im letzten Jahr 27 Tote durch Arbeitsunfälle. Bereits ab der 8. Stunde steigt das Unfallrisiko massiv an und ab der 10. Stunde verdoppelt sich dieses sogar. Das unsoziale Kurz-Strache-Arbeitszeitgesetz gefährdet Menschenleben, nur um der Wirtschaft noch mehr Profite zu verschaffen. Bereiche der Schwerarbeit sind nicht geeignet für 12 Stunden Schuftan am Tag, das ist unmenschlich und dagegen werden wir uns bei den Kollektivvertragsverhandlungen auch mit aller Kraft wehren!

GBH-Bundvorsitzender-Stv. Othmar Danningner

Unsere Forderungen aus der KV-Konferenz im Detail

Kürzere Arbeitszeit kann z. B. so erreicht werden:

- Verkürzung der Normalarbeitszeit im Kollektivvertrag
- **6 Wochen Urlaub** für alle
- **Nachholen von Feiertagen**, die auf einen Sonntag fallen, am nächsten Werktag
- **Bezahlte Pausen**
- Rechtsanspruch auf **4-Tage-Woche**
- Rechtsanspruch auf **Altersteilzeit, Bildungskarenz** und andere **Auszeit-Modelle**
- Mehr **Planbarkeit und Mitbestimmung**



WKO-Präsident Mahrer weiß nicht, dass er die Arbeitnehmer braucht. Er sagt schon „Helfgott“, bevor der Bundeskanzler noch geniest hat!
GBH-BV-St. Richard Dragosits

Das kann erreicht werden durch ...

- **Zuschläge** zu besonders kurzfristig angekündigter Mehrarbeit
- **Gleitzeitregelungen** mit max. 10 Stunden Höchstarbeitszeit
- **Ankündigungsfrist** von mindestens vier Wochen für Wochenendarbeit
- **4-Tage-Woche bei Schichtarbeit** durch Kollektivvertrag
- **Mitwirkungsrechte des Betriebsrats** bei Anordnung von mehr als 10/50 Stunden
- **Keine Überstunden für Lehrlinge**, schon gar nicht an Berufsschultagen
- **Altersgerechte Arbeitszeitmodelle**
- **Mehr Selbstbestimmung**

Maßnahmen für mehr Selbstbestimmung:

- **Einseitiger Antritt** von Zeitausgleich
- **6 Monate absoluter Kündigungsschutz** für ArbeitnehmerInnen in Abteilungen, in denen von der 11. und 12. Stunde Gebrauch gemacht wurde
- **Effektives Entschlagungsrecht** bei Wochenendarbeit
- **Überstunden als Ausnahme** und nicht als Regel

Maßnahmen, damit Überstunden die Ausnahme bleiben ...

- **1.700 Euro Mindestlohn, 850 Euro Mindestlehrlingsentschädigung**, 14-mal im Jahr, damit das Grundgehalt zum Leben reicht
- **6 Monate absoluter Kündigungsschutz** für ArbeitnehmerInnen in Abteilungen, in denen von der 11. und 12. Stunde Gebrauch gemacht wurde
- **Zuschläge** zu besonders kurzfristig angekündigter Mehrarbeit
- **Ankündigungsfrist** von mindestens vier Wochen für Wochenendarbeit
- **Überstunden**, die sich lohnen
- Wenn ausnahmsweise Überstunden geleistet werden, dann sollen sie sich in Form von **mehr Geld und mehr Freizeit lohnen:**
- **Verpflichtende Zeitzuschläge** zu Überstunden
- **Verpflichtende Zeitzuschläge** zu besonders familienfeindlichen Arbeitszeiten
- **Mindestens 100 Prozent Zuschlag** auf die 11. und 12. Stunde
- **Wahlrecht Zeit/Geld** für alle Überstunden
- **Rechtsanspruch** auf Auszahlung von Überstunden
- **Erhöhung des Mehrarbeitszuschlags und Wegfall des Durchrechnungszeitraums bei Teilzeit**

Um sicherzustellen, dass Arbeit nicht krank macht, sind folgende Maßnahmen vorstellbar:

- **Zusätzliche bezahlte Pausen** bei Arbeitstagen über die 10. Stunde hinaus
- **Beschränkung der 12-Stunden-Tage und 60-Stunden-Wochen** im Kollektivvertrag
- **Effektives Ablehnungsrecht** für alle Überstunden
- **Bei Gleitzeit:** Festlegung einer Mindestanzahl an ganzen Tagen, die einseitig freigenommen werden können

Rechtssicherheit durch Klarheit

- **Schutz für jene**, die aus dem AZG/ARG fallen könnten, durch den Kollektivvertrag
- Alle Regeln müssen auch für „**die 3. Führungsebene**“ gelten
- **Anrechnung aller Karenzzeiten** auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche



In dieser Halle, in der wir heute stehen, haben sie vor 100 Jahren die Maschinen gekühlt und die Menschen rausgetragen, wenn sie umgefallen sind. Genau so machen sie es jetzt mit diesem Arbeitszeitgesetz. Wie ist es möglich, dass es eine Hitzeregulierung für die Fiakerpferde gibt, wo man sagt, die Fiakerpferde bleiben bei 35 Grad im Stall, die Bauarbeiter müssen raus?

GBH-BV Josef Muchitsch,

Arbeitszeit neu: Es gibt noch unzählige offene Fragen

Das Husch-Pfusch-Gesetz der Regierung lässt viele Fragen offen. Eine Analyse der Gewerkschaft Bau-Holz.



Schon im Regierungsprogramm wurden Arbeitszeitverlängerungen angekündigt. Diese wurden am Ende des ÖGB-Kongresses dann von der Bundesregierung überfallsartig medial präsentiert und wenig später beschlossen. Geschwindigkeit hatte vor rechtlicher Genauigkeit offenbar Vorrang. Denn viele rechtlich bedeutende Fragen bleiben offen.

Höchstgrenze der Arbeitszeit

Die absolute Höchstgrenze der erlaubten Arbeitszeit wird nun durch die europäische Arbeitszeitrichtlinie geregelt. Diese sieht vor, dass im 17-Wochen-Durchschnitt nicht mehr als 48 Stunden pro Woche gearbeitet werden darf. Im neuen Arbeitszeitgesetz wird die Berechnung dieses Durchschnitts **nicht präzisiert**. Einige Arbeitgebervertreter meinen nun, dass diesen 17 Wochen fixe Bezugszeiträume zu Grunde zu legen sind. Das ist falsch. Im Zeitpunkt der Betrachtung darf im Durchschnitt der vergangenen letzten sechzehn Wochen und der aktuellen Woche nicht mehr als 48 Stunden gearbeitet worden sein. Diese Meinung wird auch von der Bauinnung vertreten.

Vom AZG ausgenommene Berufsgruppen

Das AZG sieht nun vor, dass leitende Angestellte oder „sonstige ArbeitnehmerInnen“, denen maßgebliche selbständige Entscheidungsbefugnis übertragen ist und deren gesamte Arbeitszeit auf Grund der besonderen Merkmale der Tätigkeit nicht gemessen oder im Voraus festgelegt wird, oder von diesen Arbeitnehmern hinsichtlich Lage und Dauer selbst festgelegt werden kann, vom Geltungsbereich ausgenommen sind. Im Ergebnis bedeutet das, dass Arbeitnehmer, die unter diese Definition fallen, **unkontrolliert lange arbeiten** dürfen. Diese Bestimmung ist enorm schwammig formuliert und kann Berufsgruppen beinhalten, die bis jetzt eindeutig vom AZG erfasst wurden. **Est könnten auch Poliere bzw. Vizepoliere, Schichtleiter und Vorarbeiter gemeint sein.**

Dies widerspricht aber eindeutig EU-Recht. Die EU-Kommission stellt in ihrem Kommentar zur Arbeitszeit-Richtlinie klar, dass nur Führungskräfte, die maßgeblichen Einfluss auf die Führung des Betriebes haben, von den Arbeitszeitbestimmungen ausgenommen werden können.

Verbot von Betriebsvereinbarung bei Arbeitsleistung von mehr als zehn Stunden

Mit der Freiwilligkeitsgarantie bei Arbeitsleistung in der elften und zwölften Stunde hat die Regierung auf die zunehmende Kritik gegen das neue Arbeitszeitgesetz reagiert.

Auch wenn diese Freiwilligkeit – Arbeitnehmer können die Arbeitsleistung in der elften und zwölften Stunde ohne Angabe von Gründen ablehnen – **nicht praktikabel ist, weil auf mehrmaliges Ablehnen wohl die Kündigung des Arbeitnehmers folgt**, hat sie dennoch eine entscheidende Konsequenz: Das absolute und höchstpersönliche Ablehnungsrecht des Arbeitnehmers darf nicht durch Betriebsvereinbarungen oder andere Regelungen ausgehebelt werden. Betriebsvereinbarungen über das Leisten von Tagesarbeit von mehr als zehn Stunden analog dem früheren §7 Abs. 4 AZG sind nun nicht mehr zulässig, weil das im AZG verankerte Ablehnungsrecht umgangen werden würde.



Versuch, Beschäftigte mundtot zu machen

Kurz und Strache betreiben seit Regierungsantritt konsequent Politik des Drüberfahrens und des Machtausbaus von Wirtschaftsvertretern.

„Mit ArbeitnehmervertreterInnen werden keine Verhandlungen geführt, die Kurz-und-Strache-Regierung hätte lieber heute als morgen alle ArbeitnehmervertreterInnen aus den Entscheidungsgremien der Sozialversicherung draußen. Der Vorfall in der AUVA ist ein weiteres Beispiel dafür, dass ArbeitnehmerInnen zunehmend mundtot gemacht, zensuriert und verängstigt werden. Das werden sich SPÖ und Gewerkschaft sicher nicht gefallen lassen. Darauf können sie sich verlassen“, versicherte Josef Muchitsch.

Die Regierung hat der AUVA Kürzungen von 500 Millionen Euro aufgebremmt.

Das ist mehr als ein Drittel ihres gesamten Budgets und ist Geld, das für UKH, Reha-Zentren und Arbeitsunfallprävention fehlen wird, damit Großkonzerne in Österreich weniger Dienstgeberbeiträge zahlen müssen – denn darum geht es. „Dass da bei den Beschäftigten alle Alarmglocken schrillen, ist kein Wunder und zeigt, wie wichtig eine starke ArbeitnehmerInnenvertretung und deren Verteidigung gegen schwarz-blaue Angriffe ist“, so Muchitsch abschließend.

Zum Sachverhalt: Ende September erging ein Schreiben an ausgewählte AUVA-Führungskräfte. Diese wurden aufgefordert zu erheben, ob in den Einrichtungen – UKH und Reha-Zentren –, Unterschriftenlisten des Zentralbetriebsrats aufliegen, in denen die Regierung bezichtigt wird, 5 Millionen Versicherte zu schädigen“. Darüber hinaus soll erhoben werden, wer diese Listen aufgelegt hat. Außerdem werden Dienstordnungsparagrafen zitiert, was den Schluss nahelegt, dass Mitarbeiter für Meinungsäußerungen mit dienstrechtlichen Konsequenzen bedroht werden sollen.

AUVA muss 500 Mio. Euro kürzen

Ihre Ausgaben im Vergleich



Versicherte müssen SV-Umbau zahlen

GBH-Muchitsch warnt nach Arbeitszeitgesetz vor nächstem Husch-Pfusch-Gesetz bei geplantem Umbau der Sozialversicherung



„Der Nebel lichtet sich. Unsere Vermutungen werden sichtbar. Experten bestätigen, was wir schon seit Wochen sagen: Dieser Regierung geht es keine Sekunde um die Gesundheit der Menschen, sondern ausschließlich um eine Macht- und Geldverschiebung weg von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hin zu Wirtschaftsvertretern und Konzernen“, erklärte GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch zu den veröffentlichten Experten-Bewertungen der schwarz-blauen Gesetzesvorschläge zum Umbau in den Krankenkassen. „Die Milliarde, die den Kassen entzogen wird, fehlt bei der medizinischen Behandlung von Patientinnen und Patienten. Die bekommen künftig weniger Gesundheitsleistungen von ihrer Kasse und müssen diese dann aus ihrer eigenen Tasche zahlen. Damit wird unser Gesundheitssystem Zug um Zug privatisiert werden“, kritisiert Muchitsch. **Kurz zusammengefasst bedeuten mehr Kosten weniger Geld für Leistungen.**

Die Ende September von Experten veröffentlichten Mehrkosten, die durch die Regierungspläne verursacht werden, machen 483 Mio. Euro an zusätzlichen Kosten für die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) aus. Weiters wurde berechnet, dass eine Mehrbelastung von 603 Mio. Euro für

die AUVA entsteht. Dazu kommen die Fusionskosten, die mindestens 500 Mio. Euro betragen.

Einführung von Selbstbehalten droht

Der Umbau in der Sozialversicherung dient einem Zweck: Durch die Abschaffung der Mitbestimmung von Arbeitnehmern wird sichergestellt, dass Kürzungen von Gesundheitsleistungen oder die Einführung von Selbstbehalten in den Gremien der Sozialversicherung leicht durchgepeitscht werden können. Das Geld kommt dann den Konzernen zugute, die den Wahlkampf von Bundeskanzler Kurz unterstützt haben. Muchitsch: „Das sieht man auch daran, dass der Umbau die Versicherung am schlimmsten trifft, in der 7 Millionen ArbeitnehmerInnen krankenversichert sind. Wie bei der 60-Stunden-Woche werden von dieser Bundesregierung nur hart arbeitende Menschen belastet und bestraft“.

Eine Fusion braucht Vorbereitung, Zielsetzungen und eine Vision. Das fehlt im momentanen Zwangsfusions-Entwurf

Die Regierung muss zurück zum Start, sonst droht nach dem Arbeitszeitgesetz das nächste Husch-Pfusch-Gesetz.

Sozialexperten bestätigten: SV-Umbau kostet über 1 Mrd. Euro

Erste rechnerische Bewertungen der Regierungsvorhaben durch Sozialversicherungsexperten belegen: 483 Mio. Euro zusätzliche Kosten für die neue Österreichische Gesundheitskasse – 603 Mio. Euro Mehrbelastung für AUVA – Fusionskosten dürften mindestens 500 Mio. betragen

Auf die Krankenkassen und die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt kommen mit dem von der Regierung geplanten Sozialversicherungsumbau von 2019 bis 2023 finanzielle Mehrbelastungen von über 1 Milliarde Euro zu. Darüber hinaus dürften mindestens 500 weitere Millionen an Fusionskosten für die Zusammenführung der Sozialversicherungen und Krankenkassen anfallen, die bisher nicht angesetzt wurden.

Dies geht aus ersten rechnerischen Bewertungen der türkis-blauen Gesetzesvorschläge durch Sozialversicherungsexperten hervor. Demnach werden den neun Gebietskrankenkassen, die zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) fusioniert werden, im Zeitraum 2019 bis 2023 zusätzliche finanzielle Belastungen von 483 Mio. Euro aufgebürdet. Diese Zahl setzt sich zum einen aus von der Regierung angeordneten höheren Zahlungen in den Fonds der Privatkrankenanstalten (PRIKRAF) zusammen, in den die Krankenkassen zuletzt 121,5 Mio. Euro einzahlten. Ab 2019 erhöht sich dieser Betrag um rund 10 Mio. und steigt bis 2023 auf über 11 Mio. Ergibt in Summe zusätzliche Kosten von 53 Mio. Euro. Dazu kommen weitere 3 Mio. an höheren Pflegekostenzuschüssen im Zusammenhang mit den privaten Krankenanstalten.

Durch die Einsparungen bei der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA), die unter der Bezeichnung „Besonderer Pauschbetrag §319a“ laufen, entstehen den Krankenkassen Mehrbelastungen von 294 Millionen Euro, errechneten die Sozialversicherungsexperten. Weitere 133 Mio. ergeben sich durch die Umgestaltung und Änderungen bei den Zahlungsmodalitäten rund um den bisherigen Ausgleichsfonds

der Gebietskrankenkassen, der zum „Innovationsfonds“ wird. Das Finanzministerium reduziert hier im Zuge der Reform seine Dotierung.

Bei der AUVA ergeben sich laut den Berechnungen durch die Regierungspläne von 2019 bis 2023 in Summe Mehrbelastungen von 603 Mio. Euro

Diese Summe resultiert aus der im aktuellen Gesetzespaket enthaltenen Senkung der Unfallversicherungsbeiträge für Unternehmen (629 Mio.), einer weiteren laut Regierungsprogramm angekündigten Senkung der Unfallversicherungsbeiträge zu einem späteren Zeitpunkt (268 Mio.) und der Übernahme von 294 Mio. (Besonderer Pauschbetrag §319a) durch die Krankenkassen, die künftig nicht mehr bei der AUVA anfallen.

Bei den Fusionskosten für die Zusammenlegung der Sozialversicherungen und Krankenkassen gehen die Experten von mindestens 500 Mio. Euro aus. Diese Berechnungen fußen einerseits auf den Erfahrungen der Zusammenlegung der Pensionsversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten zur PVA, die laut Rechnungshof 200 Mio. Euro gekostet hat. Zudem liegen seit dem Vorjahr Schätzungen für die Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) und der Sozialversicherung der Bauern (SVB) vor, die zur Sozialversicherung der Selbständigen fusioniert werden. Die Kosten dafür sollen rund 90 Mio. betragen. Um die 100 Mio. an Kosten werden für die Zusammenlegung der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter und jener für Eisenbahn und Bergbau erwartet. Deutlich jenseits der 200 Mio. dürften die Kosten für die Fusion der 9 Ge-

bietskrankenkassen liegen, so die Sozialversicherungsexperten.

Mit der von der Regierung angekündigten Einsparung von Funktionären werden sich die Mehrbelastungen nicht kompensieren lassen. Die Aufwendungen für die Selbstverwaltung, dazu zählen Sitzungsgelder für Funktionäre und die Zahlungen für die Obleute und Direktoren sowie Fahrtkosten, betragen 2017 rund 5,3 Mio. Euro.

Den Versicherten und dem Gesundheitssystem werden durch diese Maßnahmen mehr als 1 Milliarde Euro entzogen.

Es kann also keine Rede davon sein, dass aus einer „Funktionärsmilliarde“ eine „Patientenmilliarde“ werde, vielmehr handelt sich um eine „Belastungsmilliarde“.

Nutznieser sind die Wirtschaft und die Industrie, die geringere Versicherungsbeiträge zahlen müssen. Die fehlenden Mittel führen für die Versicherten und Patienten zu Leistungskürzungen, höheren Beiträgen oder zur Einführung von Selbstbehalten, so der Vorwurf der Experten.

Regierung beharrt weiter darauf, dass nur „im System“ gespart wird

Sozialministerin Hartinger-Klein betonte, dass Versicherte und Patienten im Mittelpunkt der Sozialversicherungsreform stünden. Es werde keine Beitragserhöhungen geben, „weil wir im System sparen“. Die Begutachtung für das Gesetzespaket läuft noch bis 19. Oktober. Bereits in der Woche danach könnte die Regierung die Reform in der Ministerratssitzung am 24. Oktober beschließen und im Parlament einbringen.

Argumente gegen die Zwangsfu

Sieben Millionen Menschen sollen nur noch drittklassige Medizin erhalten

Die Regierung schafft eine Drei-Klassen-Medizin: Ganz oben die PolitikerInnen und BeamtInnen mit den besten Leistungen, dann die Selbstständigen, und schließlich eine dritte, unterste Klasse für die große Mehrheit der 7 Millionen anderen. Die Krankenkassen-Versicherten sind die einzigen, die nicht selbst über ihre Leistungen entscheiden dürfen. Die Ungleichheit zwischen den Leistungen der unterschiedlichen Kassen steigt.

Verfestigung der Ungleichheiten: Statt für einen gerechten Ausgleich zwischen den Kassen und für eine gute Versorgung für alle zu sorgen, verfestigt die Regierung die Ungleichheit bei den Leistungen und sorgt nicht für einen Ausgleich der Risiken.

Alles in der Hand der Arbeitgeber: In Zukunft entscheiden die Arbeitgeber, die Wirtschaft, die Industrie über die Gesundheitsversorgung ganz Österreichs. Die Wirtschaftskammer fordert seit Jahren Selbstbehalte für alle Versicherten. Sie wird in Zukunft die Mehrheit im Dachverband haben. Zudem verpflichtet das Gesetz die neu geschaffene Krankenkasse, bei einem Minus Selbstbehalte einzuführen.

Klientelpolitik statt Interessen der Versicherten: Die ÖVP, getrieben von Wirtschaft und Großindustriellen, stellt Klientelpolitik über die berechtigten Interessen von Millionen Versicherten.

Eine Reform für die Wirtschafts-Eliten

Sie bekommen enorme Macht in der Krankenkasse, in der sie selbst gar nicht versichert sind. Es drohen Leistungskürzungen, Selbstbehalte und Privatisierungen.

Schlechtere Leistungen und Selbstbehalte drohen: Die Folgen für die 7 Millionen Versicherten in der Krankenkasse werden also sein: weniger Leistungen, weniger Ärz-

tInnen-Stellen, weniger Therapieplätze. Dafür längere Wartezeiten und Selbstbehalte, wie sie die Industriellenvereinigung seit Jahren fordert. Für die Krankenkasse der Selbstständigen, wo die Unternehmer versichert sind, ändert sich nichts.

Privatisierung droht: Mit diesem Gesetz beginnt die Privatisierung des Gesundheitssystems. Start ist die Schwächung der öffentlichen Sozialversicherung. Immer mehr Leute werden aus Sorge um ihre Versorgung private Zusatzversicherungen abschließen. Die Privatversicherungen wittern bereits fette Geschäfte, wie an aktuellen Inseraten-Kampagnen zu sehen ist.

Wenig Gewinner, viele Verlierer: Zusammengefasst hat die Reform zwei Gewinner, die Wirtschafts-Eliten und die Fusionsberater, und 7 Millionen Verlierer, nämlich alle Krankenkassen-Versicherten und ihre Angehörigen. Diese sind dann nur noch PatientInnen dritter Klasse, die als einzige nicht einmal selber darüber bestimmen dürfen, welche Leistungen sie erhalten.

Die Zentralisierung entfernt das Gesundheitssystem vom Menschen

Alle Entscheidungen fallen künftig nicht mehr in den Ländern, sondern in der Zentrale. Die Zwangs-Fusion bedroht die Versorgung vor Ort und kostet die regionale Wirtschaft Aufträge.

Alle Macht in die Zentrale: Das geplante Gesetz brächte die größte Zentralisierung der Zweiten Republik. Zusätzlich zu den neun Landesstellen wird eine Zentrale mit Budget- und Personalhoheit aufgebaut. Alle wichtigen Entscheidungen fallen dann nicht mehr vor Ort, sondern in der Zentrale. Es bestimmen Leute, die selbst nicht von den Konsequenzen ihrer Entscheidungen betroffen sind.

Regionale Versorgung gefährdet: Damit droht z. B. die Schließung von Außenstellen, eine schlechtere Versorgung entlegener

Gebiete, weniger gut auf lokale Bedürfnisse zugeschnittene Öffnungszeiten und Sonntagsdienste.

Gefährdet sind auch der Ausbau der Primärversorgungseinheiten und bestehende Kooperationen, die auf besondere regionale Bedürfnisse eingehen. Bei einer Vereinheitlichung droht in manchen Gebieten eine Unterversorgung.

Beispiel 1: Im Salzburger Pinzgau wurden zwei Radiologie-Praxen geschlossen und stattdessen eine Ambulanz eröffnet.

Beispiel 2: In der Steiermark gibt es gesundheitsrelevante Kooperationen mit Landeseinrichtungen wie Kariesprophylaxe für Kinder und Jugendliche, kinderärztlicher Notdienst an Wochenenden; ebenso gibt es regionale Gesundheitsförderungsprojekte in steirischen Kindergärten, Schulen und Betrieben.

Bundesländer verlieren Geld: In den Verhandlungen hat die Bundesregierung den Ländern zugesagt, ihr Geld bliebe in ihrem Bundesland. Wahr ist: Die Zentrale schafft an und hat die Budgethoheit.

Die Zwangs-Fusion droht zum Milliardengrab zu werden

Die übereilte Fusion der Kassen wird aller Wahrscheinlichkeit nach mehr kosten als sie bringt, wie Beispiele aus Österreich und Deutschland zeigen. Sie droht zum teuren Milliardengrab zu werden.

Die Pensionsfusion kostete mehr als sie brachte: Übereilte Fusionen kosten oft mehr als sie bringen, wie die Zusammenlegung der Pensionsversicherungsanstalten der ArbeiterInnen und Angestellten zeigt. Laut Rechnungshof-Prüfung 2010 führte die überhastete Vorgangsweise zu Planungs- und Durchführungsmängeln und kostete insgesamt über 200 Millionen Euro. Auch bei den Verwaltungskosten hätte sich die Pensionsversicherung zwischen 2003 und

sion der Krankenkassen

2016 rund 1 Milliarde Euro erspart, wenn sie die Fusion nicht durchgeführt hätte, wie der Hauptverband errechnet hat.

Verwaltungskosten bereits erstklassig niedrig: Auch fehlt ein klares Fusionsziel. Kein Wunder: Die Verwaltungskosten sind im internationalen Vergleich erstklassig niedrig. „Da geht kaum ein Millimeter. Schon gar keine Milliarde“, sagt Ex-ÖVP-Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky. All das erhöht die Chancen eines Scheiterns weiter.

Das Husch-Pfusch-Vorgehen führt zu einem Murks

Die überfallsartige Änderung des Sozialversicherungssystems birgt große Risiken. Viele Aspekte sind laut ExpertInnen offensichtlich verfassungswidrig.

Speed kills: Was die Regierung hier macht, ist ein höchst gefährliches Spiel. Sie bricht innerhalb weniger Wochen ein Vorhaben übers Knie, das eine fundamentale Änderung unseres gut funktionierenden Gesundheitswesens bringt: Speed kills.

Mit Fake News zur Mogelpackung

Viele Behauptungen der Regierung entpuppen sich als unrichtig: Die Leistungen werden nicht angeglichen, die Beiträge nicht harmonisiert. Gespart wird bei den Menschen statt im System. Nicht einmal die Reduktion auf fünf Träger stimmt.

Der Schmäh vom Sparen im System: Wir sparen nicht bei den Menschen, wir sparen im System. Man kann nicht am System sparen, ohne auch an den Menschen zu sparen. An den Menschen, die dieses System am Laufen halten. Damit trifft man aber indirekt auch alle Menschen, die Leistungen dieses Systems brauchen, weil es damit Hand in Hand zu Verschlechterungen bei der Leistungserbringung betreffend Verfahrensdauer und Verfahrensqualität kommen wird.

Viele falsche Behauptungen: Was wurde nicht alles im Vorfeld strapaziert, um dieses Zentralisierungsvorhaben zu rechtfertigen: angeblich hohe Kosten der Selbstverwaltung, angeblich zu viele Funktionäre, die nur Geld kosten, angeblich unzählige Dienstautos – alles nicht wahr. Sogar der Presserat warnte aus diesem Anlass die Medien des Landes davor, Aussagen der Regierung ungeprüft zu übernehmen.

Was das Gesundheitssystem wirklich braucht

Gleiche Beiträge und Leistungen: Unabhängig vom beruflichen oder sozialen Status, egal, ob man beschäftigt ist oder arbeitslos, ob man Arbeiter, Angestellte, Beamter oder Selbstständige ist.

Ein faires Wartezeit-Management

Mehr Prävention: Die Kosten der arbeitsbedingten psychischen und physischen Belastungen (Burnout, Rückenleiden, Krebserkrankungen, etc) sind enorm angestiegen (laut WIFO rund 3 Mrd. Euro). Wir brauchen daher den Ausbau des Präventionsauftrages in der AUVVA und in der Krankenversicherung.

Mehr Psychotherapie statt Psychopharmaka: In Österreich werden enorme Beträge für Psychopharmaka (rund 300 Mio. Euro) ausgegeben, aber viel zu wenig in die nachhaltigere Psychotherapie investiert (nur 80 Mio. Euro).

Gesünder Arbeiten bis zur Pension: Mehr betriebliche Gesundheitsförderung und die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze. Gerade die Wirtschaft fordert immer, dass die Menschen länger arbeiten und später in Pension gehen sollen, andererseits wird wenig dafür getan, dass die Arbeitnehmer länger arbeiten können.

Detaillierte Ausführungen zu allen Argumenten findest du auch auf: www.bau-holz.at/zwangsfusion



Vorgangsweise ist Einladung für Scheinselbstständige

„Das die Bundesregierung im Zuge der sogenannten `Sozialversicherungsreform´ neben einem Anschlag auf die Selbstverwaltung auch noch die Überprüfung Scheinselbstständiger massiv erschwert, schlägt dem Fass den Boden aus,“ zeigt sich der GBH-BV Abg.z.NR Josef Muchitsch verärgert.

Rund 300 bisherige Prüfer sollen von den Gebietskrankenkassen zur Finanz verschoben werden, was unmittelbare Auswirkungen auf das Ausmaß der Prüfungen haben wird. Hier sind massive Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen zu erwarten, die um viele Ansprüche, die bisher durch Prüfungen aufgedeckt wurden, umfallen werden.

Gerade für die Bauwirtschaft wird es kritisch, wenn zukünftig die Sozialversicherungsanstalt der Selbstständigen allein überprüfen soll, wer tatsächlich selbstständig ist.

Wenn nunmehr die Selbständigenversicherung ihre eigene Klientel, ihre Mitglieder, die Beiträge bringen, kontrollieren soll, ist das so, wie wenn man den Hund auf die Wurst aufpassen lässt! Das ist eine Einladung für Scheinselbstständige, mit denen wir gerade am Bau zu kämpfen haben. Dem Sozialbetrug wird damit Tür und Tor geöffnet, so Muchitsch.

„Die Wirtschaft hat bestellt, die Regierung liefert. Wenn sich Teile der Wirtschaft über zu strenge Kontrollen beklagen, dann schiebt die Bundesregierung einfach hunderte Prüfer und ihre Aufgabengebiete so lange wie Schachfiguren von einer Institution zur anderen, bis auch `schwarze Schafe´ in der Wirtschaft keine Prüfung mehr zu fürchten brauchen“, so Muchitsch.

Kein Direktor aus Wi

Als „großen Wurf“ möchte die schwarz-blaue Bundesregierung den Umbau der Krankenkassen verkaufen. Wir haben mit Baugewerkschafter und GKK-Salzburg-Obmann Andreas Huss über Fake News, korrekte Zahlen und den drohenden Kahlschlag für die PatientInnen gesprochen. Huss war maßgeblich an der Leistungsharmonisierung beteiligt, welche bereits lange vor der Kurz-Strache-Regierung begonnen hat.

Die Bundesregierung behauptet, die sogenannte Krankenkassenreform werde eine Strukturreform, bei der die PatientInnen keine Verschlechterungen zu befürchten haben. Ist das so?

Andreas Huss: Im Gegenteil. In den Bundesländern wird es weniger Geld geben. Künftig werden jene Einnahmen, die nicht aus Beiträgen kommen, nach Wien gehen. In Salzburg zum Beispiel geht es da allein um 128 Millionen Euro. Natürlich wird das Auswirkungen auf die PatientInnenversorgung haben

Soll so die versprochene Einsparung von 1 Milliarde Euro erreicht werden?

Das sind ganz klare Fake News, die da von der Bundesregierung verbreitet werden.

Die Milliarde, die laut der Regierung durch Stellenabbau und weniger Funktionäre eingespart werden kann, gibt es nicht. Im Regierungsentwurf kommt sie auch nicht vor, hier sollen bis 2026 gesamt 350 Mio. Euro eingespart werden.

Von den Kosten, die eine solche Fusion verursachen wird, ist keine Rede mehr.



Also ist eine Milliarde Euro Einsparung nicht zu erreichen?

Personaleinsparungen bedeuten direkt Verschlechterungen für die Versicherten. Denn die GKK-Beschäftigten leisten ja vieles für die PatientInnen. Soll zukünftig etwa ein Computer entscheiden, ob jemand krank ist? Nur zur Verdeutlichung: Von 100 Euro, die derzeit ein Arbeitnehmer in die Krankenkasse einzahlt, fließen aktuell 98 Euro wieder in Form von Leistungen oder Anschaffungen retour bzw. werden angespart für Notfälle. Nur 2 Euro betreffen die Verwaltung. Das wird künftig nicht mehr so sein. Die einbezahlten Versicherungsbeiträge fließen zu 100 Prozent in die Zentrale.

Dort wird in von Arbeitgebern dominierten Gremien und durch von der Regierung besetzte Generaldirektoren entschieden, wer das Geld bekommt und was damit finanziert wird.

Es geht dieser Bundesregierung in Wahrheit nicht um Einsparungen, sondern um eine Machtübernahme und eine Zerstörung der Selbstverwaltung.

Das heißt, die ArbeitnehmerInnen bestimmen künftig nicht mehr, was mit ihren Krankenkassenbeiträgen passiert?

Nein. In Zukunft entscheiden die Arbeitgeber, die Wirtschaft, die Industrie über die Gesundheitsversorgung in Österreich. Obwohl die Wirtschaftsvertreter nicht einmal in den Krankenkassen versichert sind, sondern in ihrer eigenen Krankenversicherung, die unangetastet bleibt, werden sie im neuen Dachverband die Mehrheit haben und in der neuen ÖGK gleich viel

Macht wie die ArbeitnehmerInnen, um deren Krankenkassenbeiträge es geht!

Das ist auch verfassungsrechtlich bedenklich.

Die WKO fordert seit Jahren Selbstbehalte für alle Versicherten. Man kann sich also leicht vorstellen, was da kommen wird. Zudem verpflichtet das Gesetz die neu geschaffene Gesundheitskasse, bei einem Minus Selbstbehalte einzuführen.

Die Krankenkassen sind ja schon seit längerem dabei, ihre Leistungen österreichweit zu harmonisieren, also anzugleichen.

Die Leistungsharmonisierung haben wir soeben abgeschlossen. Und zwar mit allen Krankenkassen, auch jenen der Beamten und Selbstständigen.

Und von denen redet die Regierung nicht mehr. Wir haben uns im Harmonisierungsprozess immer um eine Angleichung nach oben bemüht, also hat durch die Harmonisierung niemand weniger bekommen als zuvor. Das wird sich jetzt ändern.

Inwiefern?

Mein Ansatz zu einer zentralen Struktur war immer: Machen wir doch eine Art Konzernzentrale mit dem Hauptverband, den es ja jetzt schon gibt, und Richtlinien für die neun Landesstellen.

Wie das dann umgesetzt wird, wird regional entschieden, weil die Gesundheitskosten ja auch regional unterschiedlich sind.

en fährt nach Bludenz



Eine ärztliche Leistung in Wien ist billiger als im Lungau, weil sie im Lungau schwerer zu bekommen ist.

Wie sieht es mit der Versorgungssicherheit aus?

Wenn künftig die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) mit der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK) einen Vertrag abschließt, dann heißt das noch lange nicht, dass die Salzburger Ärztekammer dem zustimmt. Und wenn der Vertrag schlechter ist als der alte, werden die Ärzte nicht zustimmen. So einfach ist das alles nicht.

Es wird zu Versorgungsunsicherheiten kommen.

Die zentral nicht zu lösen sind?

Genau. Wir hatten etwa jetzt das Problem, eine Psychotherapeutenstelle am Land zu besetzen. Da musst du hinfahren, mit den

Kandidaten sprechen und ihnen das schmackhaft machen.

Niemand glaubt ernsthaft, dass künftig ein Generaldirektor aus Wien zum Beispiel nach Bludenz fahren wird, um das zu machen.

Wird es gleiche Leistungen geben?

Nein. Künftig wird das so sein, dass die Patienten der neuen ÖGK die schlechten Leistungen haben.

Diese Kasse hat automatisch weniger Geld, weil sie auch Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher und Flüchtlinge versichert.

Die Versicherungen der Selbstständigen und der Beamten können weiter ihre höheren Selbstbehalte haben, haben so mehr Geld und können bessere Leistungen anbieten.

Umbau der Krankenkassen: Defizit statt Patienten-Milliarde

Die Bundesregierung behauptet, bei den Krankenkassen bis 2023 eine Milliarde Euro einzusparen. Sie legt keine Rechnung vor und alle Experten zweifeln an der Summe.

Die Bundesregierung behauptet, bei den Krankenkassen bis 2023 eine Milliarde Euro einzusparen. Sie legt aber keine Rechnung vor und alle Experten zweifeln an der Summe. Im eigenen Gesetzesentwurf spricht die Regierung selbst von lediglich 33 Millionen Euro Einsparungen ab 2023. Dazu kommen Mehrkosten von mindestens 230 Millionen Euro pro Jahr auf die Krankenkassen zu.

Ein Defizit und Selbstbehalte bei Arztbesuchen drohen.

Hausverstand statt Rechtspopulismus

Verbot einer Lehre für 1.200 Asylwerber kostet über 10 Millionen Euro

In Österreich absolvieren derzeit 1.202 junge Asylwerber eine Lehre in einem Mangelberuf. Für sie fällt keine Grundversorgung an und sie zahlen in die Sozialversicherung ein. Sie bringen dem Staat also Einnahmen. Die Regierung verbietet nun Asylwerbern, eine Berufsausbildung zu machen.

Junge Asylwerber nahmen keinem Österreicher eine Lehrstelle weg, sie durften ausschließlich in Mangelberufen vermittelt werden und nur dort, wo es dem AMS nicht gelungen ist, junge Menschen aus Österreich auf diese Lehrstelle zu vermitteln!

Verbot kostet über 10 Millionen Euro

Dass junge Asylwerber eine Berufsausbildung machen, ist nicht nur für Spracherwerb und Integration hilfreich, sondern hat auch finanzielle Vorteile für die Allgemeinheit: Weil die Lehrlinge keine Grundversorgung mehr benötigen, spart der Staat im Jahr über 6 Millionen Euro und weil sie Sozialversicherungs-Beiträge bezahlen, fließen über 4,6 Mio. Euro ins Budget. Insgesamt profitiert der öffentliche Haushalt im Ausmaß von 10,6 Mio. Euro. Volkswirtschaftliche Einnahmen, die durch den alltäglichen Konsum der Lehrlinge über die Mehrwertsteuer entstehen, sind da noch gar nicht eingerechnet.

Als „völligen Schwachsinn“ bezeichnete Josef Muchitsch die Ausweitung der Rot-Weiß-Rot Karte auf Lehrberufe für junge Menschen aus Drittstaaten.

Das bestätigen auch Praktiker in der Wirtschaftskammer. „Denn welcher 15-jähriger Bursch, welches 15-jährige Mädchen aus Russland wird nach Österreich für eine Lehrstelle kommen und welcher Betrieb wird sie ohne Deutschkenntnisse einstellen?“, so Muchitsch abschließend.

Arbeitszeit-Hotline: 0800 22 12 00 60

Montag bis Donnerstag von 9 bis 18 Uhr und Freitag von 9 bis 16 Uhr

60 Stunden pro Woche arbeiten?
12 Stunden am Tag?

Arbeitszeit-Hotline
0800 22 12 00 60
Mo-Do: 9-18 Uhr, Fr: 9-16 Uhr

Facebook: oegb.at
Twitter: oegb_at

Was ist seit 1. September zulässig – und was geht auch in Zukunft gar nicht?

Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist groß. Die Änderungen im Arbeitszeitrecht verschlechtern die Situation der ArbeitnehmerInnen enorm. Dennoch ist nicht alles erlaubt. Willkürliche Verstöße sollte sich niemand gefallen lassen!

Deshalb hat der ÖGB eine Telefon-Hotline gestartet. ArbeitsrechtexpertInnen bieten dort unkompliziert Beratung, Unterstützung und Hilfe.

- Unbezahlte Überstunden?
- Jetzt schon mehr als 10 Stunden Arbeit pro Tag?
- Zeitausgleich 1:1 ohne Zuschläge?
- Mehr als 10 Stunden bei Gleitzeit?
- Nichts zum Mitreden beim Dienstplan?
- Ärger über 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche?
- Dein Arbeitsalltag mit 12-Stunden-Tagen bzw. 60-Stunden-Wochen

Mehr Infos unter:
www.neinzum12stundentag.at/arbeitszeit-hotline/



Türkis-Blau zum 12-Stunden-Tag ...

12/60 **GEWERKSCHAFT BAU - HOLZ**

Kinderbetreuungsangebot ist mit 12-Stunden-Tag nicht vereinbar ...

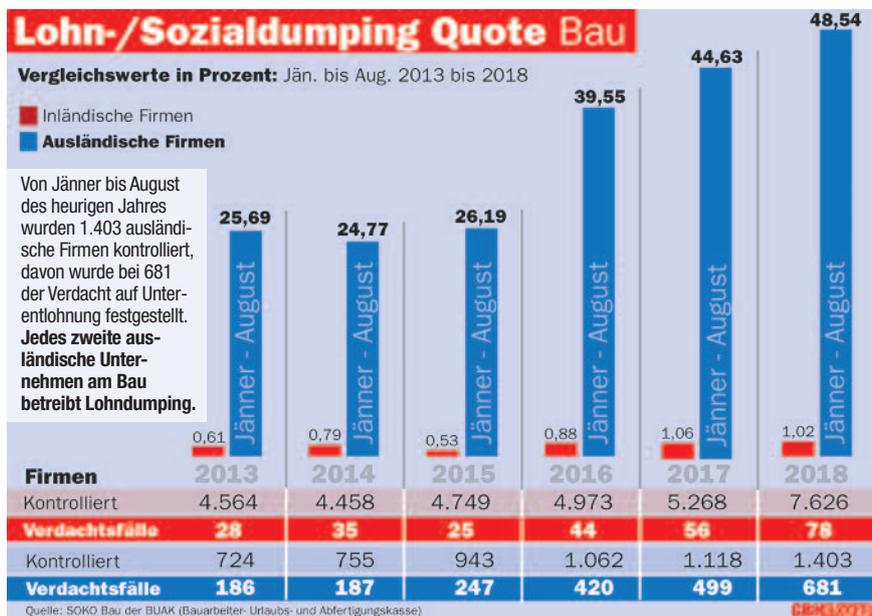
ÖVP-Kopf, ORF, „IM ZENTRUM“ (17. Juni)

... das ist eine asoziale Idee ..., da diese für alle Arbeitnehmer Nettolohnverluste bedeutet!

H.C. Strache vor seiner Regierungsbeteiligung

GBH fordert soziale Sicherheit: EU muss jetzt liefern

Erstmals fand ein Kongress der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) in Wien statt. Mehr als 100 Experten und Expertinnen aus der Europäischen Kommission, dem EU-Parlament und internationalen Organisationen aus 16 Ländern haben Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping diskutiert.



deshalb eine Anfrage in Form einer Beschwerde an die EU-Kommission. Sie hat im Steuerbereich bei Amazon und Starbucks bereits bewiesen, dass es ihr ernst ist, gegen solche Praktiken hart vorzugehen. Die Gewerkschaften zählen darauf, dass sie bei denselben Praktiken beim Lohn- und Sozialdumping ebenso durchgreift."

Werner Buelen, EFBH: „Wir werden bei grenzüberschreitendem Sozialbetrug nicht wegschauen. Im Rahmen einer internationalen Untersuchung haben wir festgestellt, dass Bulgarien und Rumänien für Unternehmen, welche Arbeitnehmer nach Europa entsenden, illegale staatliche Beihilfen bekommen."

Muchitsch abschließend: „Wer bei Bau-Lohndumping in Europa nicht mittut, hat schlechtere Chancen auf Bauaufträge und ist mittelfristig weg vom Fenster. Das darf es in einer EU nicht geben!"

Der Europakongress der Bauarbeiter fand nicht ohne Grund in Wien statt. Es stehen wichtige Entscheidungen im Bereich der Sozialpolitik auf EU-Ebene an. Dazu zählen die Revision der europäischen Sozialversicherungsverordnung, die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde und die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer.

In Jean-Claude Junckers Rede zur Lage der Union am 14. September war die sozialpolitische Botschaft klar: „Wir müssen die kommenden Monate nutzen, um den Europäern etwas zu liefern.“ Abg. z. NR Josef Muchitsch: „Die österreichische Bundesregierung nutzt die Möglichkeiten ihrer Ratspräsidentschaft für Maßnahmen gegen unfairen Wettbewerb nicht. Im Gegenteil, weder der gemeinsame Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping, noch die Errichtung der Europäischen Arbeitsbehörde mit Sitz in Wien stehen auf dem Arbeitsprogramm."

Sozialpolitisch hat die Bundesregierung diese Ratspräsidentschaft verpfuscht.

Österreich ist europaweit ein Hotspot für Entsendungen.

Es wimmelt auf heimischen Baustellen von billigen Arbeitskräften aus dem EU-Ausland. Susanne Wixforth, Deutscher Gewerkschaftsbund: „Der EU-Binnenmarkt wird von den ArbeitnehmerInnen zunehmend als Bedrohung angesehen. Die EU-Mitgliedstaaten stehen in einem Wettbewerb der niedrigsten Sozialstandards. Einige geben ihren Unternehmen, die ihre Arbeitskräfte entsenden, einen Bonus in Form von ermäßigten Sozialversicherungsbeiträgen. Das ist eine Sonderbehandlung der ArbeitgeberInnen und Diskriminierung der ArbeitnehmerInnen, die wir uns nicht länger gefallen lassen wollen. Aus unserer Sicht ist dieses Sozialdumping eine verbotene staatliche Beihilfe. Wir stellen

2,33 Euro Stundenlohn

Auf einer Baustelle in Graz wurden vier Beschäftigte einer polnischen Subfirma kontrolliert, die Spachtelarbeiten durchführten. Dabei wurde festgestellt, dass die vier Polen 2,33 Euro Lohn pro Stunde erhielten. Nach dem österreichischen Kollektivvertrag haben sie aber 12,88 Euro pro Stunde zu verdienen. Die Unterentlohnung beträgt mehr als 80 Prozent.

Auf einer Baustelle in Wien wurden fünf Beschäftigte bei einer slowenischen Baufirma bei Schalungsarbeiten angetroffen. Wie die Kontrolle ergab, erhielten vier Arbeiter 27,5 Prozent und einer fast 40 Prozent weniger Lohn als die übrigen Kollegen.

Soziales Europa oder Fre

Die EU ist spätestens seit der Finanzkrise in keiner guten Verfassung mehr. Debatten über Fluchtrouten verdrängen die Diskussion über die eigentliche soziale Dimension in den Mitgliedstaaten. Der Verdrängungswettbewerb nimmt stetig zu, Lohn- und Sozialdumping sind eine Gefahr und durch niedrige Mindeststandards droht selbst in Wohlfahrtsstaaten wie Österreich ein Abbau sozialer Rechte. Die EU hat mit der Europäischen Säule sozialer Rechte einen ersten Schritt gegen diese Entwicklung gesetzt. Abg. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender, ließ es sich dabei nicht nehmen, im Rahmen der Diskussion verstärkt auf immer dreister werdende Praktiken ausländischer Firmen beim Lohn- und Sozialdumping hinzuweisen. Mittlerweile sind wir bereits meilenweit von einem europaweit fairen Wettbewerb entfernt. Die EU muss dringend handeln!

ÖGB-Präsident Kazian fordert mehr Engagement der Ratspräsidentschaft – Konkrete Lösungen fehlen

Kritik äußerte Katzian an der österreichischen Ratspräsidentschaft. „Anstatt wirkliche Probleme zu behandeln, fährt die Bundesregierung eine massive Verunsicherungspolitik. Die Schlagworte ‚Europa, das schützt‘ sind nicht mehr als leere Worthüllen“, führte Katzian seine Kritik aus und konkretisierte: „Tatsächlich geschützt werden müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber vor Ausbeutung und zu geringer Entlohnung. Lohn- und Sozialdumping steht in der EU weiter auf der Tagesordnung.“

Wir verdanken Präsidenten Juncker die Diskussion um die Europäische Säule sozialer Rechte. Das ist zwar ein erster Schritt, aber der Weg zu einem funktionierenden sozialen Europa, das die Menschen in Österreich bis jetzt weder erleben noch spüren, ist noch lang. Derzeit ist das Gegenteil der Fall: Lohn- und Sozialdumping steigen, der unfaire Wettbewerb nimmt zu, Großkonzerne und internationale Unternehmen bedienen sich billiger Arbeitskräfte aus den EU-Oststaaten und drängen Arbeitnehmer in Österreich in die Arbeitslosigkeit. Wir haben jetzt ein Europa ohne soziales Gleichgewicht und das ist nicht akzeptabel!

GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch

Nach wie vor besteht ein massives Lohngefälle in der EU. Zusätzlich pendeln 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer täglich in einen anderen Mitgliedstaat, um dort zu arbeiten. „Lohn- und Sozialdumping sind damit in zahlreichen Branchen Tür und Tor geöffnet“, betonte der ÖGB-Präsident.

Besonders betroffen sind beispielsweise Bauwirtschaft oder Transportgewerbe, wo teilweise mehr als die Hälfte aller Entscheuunternehmen Lohndumping betreiben. „Und das wird auch nach der österreichischen Ratspräsidentschaft weiter der Fall sein“, ärgerte sich Katzian über die Tatenlosigkeit der Bundesregierung.

Österreich besonders betroffen

Vom grenzüberschreitenden Lohn- und Sozialdumping ist Österreich europaweit am stärksten betroffen. Grund dafür sind die vergleichsweise langen Grenzen mit be-

sonders hohen Wohlstandsunterschieden. „Diese direkte Betroffenheit reicht aber offenbar nicht, um Lohn- und Sozialdumping auf die Agenda des österreichischen Ratsvorsitzes zu bringen“, wiederholte Katzian seine Kritik an der Bundesregierung. „Mehr noch: Die Soziale Säule kommt im Arbeitsprogramm mit keinem Wort vor.“

Die ArbeitnehmerInnen brauchen Gewissheit, dass ihre (Arbeits-)Rechte in allen Mitgliedstaaten gewahrt werden. Nationale Kontrollbehörden stoßen bei der Überprüfung dieser Rechte aber an ihre Grenzen. Um wirklich für Fairness am Arbeitsmarkt zu sorgen, ist die Europäische Arbeitsbehörde längst überfällig,

fordert Katzian, das Tempo bei der Einführung der bereits seit langer Zeit angedachten Arbeitsmarktbehörde zu erhöhen.



Handelszone für Konzerne



In einer hochkarätigen Veranstaltung diskutierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker all diese Fragen mit ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian.

Arbeitsbehörde längst überfällig

Der Vorschlag der Kommission liege seit Monaten auf dem Tisch. Aufgrund der hohen Betroffenheit, so Katzian, würde sich Wien als Sitz besonders anbieten. „Anstatt sich aber dafür einzusetzen, die Arbeitsbehörde mit klaren Durchsetzungsrechten zu etablieren, wird das Thema weiter und weiter verzögert.“ Der nächste Rat für Beschäftigung, geplant für den 11. Oktober, wurde abgesagt. Katzian: „Engagement für faire Arbeitsbedingungen und Löhne wäre ein konkreter Beitrag für ein soziales Europa. Die österreichische Bundesregierung verzichtet auf diese Chance!“

„Soziale Säule mit Leben erfüllen“

Die Finanzkrise mit all ihren Auswirkungen sowie die Politik der Liberalisierung und Deregulierung habe in vielen Ländern das Arbeitsrecht und somit den ArbeitnehmerInnenschutz massiv ausgehöhlt. Die

Konsequenz sind immer mehr befristete und prekäre Arbeitsverhältnisse, Scheinselbstständigkeit und sogenannte „working poor“ stehen mittlerweile auf der Tagesordnung.

Auch die Jugendarbeitslosigkeit stellt in vielen EU-Mitgliedstaaten ein massives Problem dar. „Ziel kann es nur sein, diesen Entwicklungen am Arbeitsmarkt mit mehr Engagement entgegenzuwirken“, so der ÖGB-Präsident: „Es braucht eine Weichenstellung in Richtung eines sozialen Europas. Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze sind ein ganz wesentliches Element.“

Schaffen wir gemeinsam ein soziales Europa – bei den EU-Wahlen im kommenden Mai haben wir die Gelegenheit dazu!

Gerade auch im Hinblick auf die EU-Wahlen ist es wichtig, dass Europa konkrete Angebote für die Menschen hat, betonte Katzian: „Es muss gelingen, ein Europa zu bauen, zu dem die Menschen Ja sagen können. Das kann nur funktionieren, wenn wir die soziale Säule mit Leben erfüllen, zum Beispiel durch konkrete Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping.“

Wir sollten sicherstellen, dass alle EU-Vorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften auf gerechte, einfachste und wirksame Weise durchgesetzt werden – und zwar mithilfe einer neuen europäischen Aufsichts- und Umsetzungsbehörde. Es erscheint absurd, dass eine Bankenaufsichtsbehörde darüber wacht, ob Bankenstandards eingehalten werden, dass es aber keine gemeinsame Arbeitsbehörde gibt, die für Fairness innerhalb des Binnenmarkts sorgt.

Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission

UNTERSTÜTZE UNS DABEI, **noch stärker zu werden!**

Die ArbeitnehmerInnen in Österreich haben vieles gemeinsam – egal in welcher Branche oder in welcher Arbeitsform: **Wir alle haben faire Arbeitsbedingungen verdient und fordern Respekt für unsere Leistungen ein!**

Gerade jetzt, wo die erworbenen Rechte einem Frontalangriff ausgesetzt sind, ist es sehr wichtig, dass wir gemeinsam ein Zeichen setzen: Sei bei unserem Kampf für mehr Gerechtigkeit und für menschliches Miteinander dabei und **hilf uns, noch stärker zu werden.**

Die DEMO gegen die Arbeitszeitverlängerung am 30. Juni mit 100.000 TeilnehmerInnen war ein lautstarkes Signal, dass wir uns nicht alles gefallen lassen!

Natürlich freuen wir uns, wenn du unseren ständigen Kampf um faire Arbeitsbedingungen weiter unterstützt und auch deine Bekannten und Verwandten von einer ÖGB-Mitgliedschaft überzeugst: **Je stärker wir als Gewerkschaften sind, also je mehr Mitglieder wir haben, desto besser können wir uns auch für deine Anliegen einsetzen. Miteinander können wir mehr erreichen!**

Nähere Infos zu den Leistungen der Gewerkschaft Bau-Holz
findest du auf **www.bau-holz.at**

Hast du noch Fragen? Dann schick uns ein Mail an **service@gbh.at**
oder ruf uns unter folgender Telefonnummer an **01/534 44-59110**

Natürlich kannst du dich auch direkt an deinen GBH-Sekretär oder deine GBH-Landesorganisation wenden.



Widerstand ist Mitgliedschaft

Gewerkschaft **BAU-HOLZ**

Die EU-Arbeitsmarktbehörde hat keine Priorität für Regierung

Für Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) ist die von der EU-Kommission vorgeschlagene EU-Arbeitsmarktbehörde (ELA) „keine Priorität des österreichischen Ratsvorsitzes“. Dies geht aus einer Anfragebeantwortung auf Fragen von SPÖ-Europasprecher Jörg Leichtfried und SPÖ-Sozialsprecher GBH-BV Josef Muchitsch hervor.



Für Muchitsch ist diese Anfragebeantwortung ein „Skandal“. Die Untätigkeit unserer Bundesregierung, die noch dazu den EU-Ratsvorsitz inne hat, ist beschämend.

Was bringt eine Arbeitsmarktbehörde?

Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der EU, um verhängte Strafen an ausländische Entsendefirmen auch tatsächlich eintreiben zu können. Strafbescheide dürfen nicht an den Staatsgrenzen enden. Alleine deshalb ist Muchitsch über das Verhalten von Hartinger-Klein empört: „Das ist eine Frechheit, mit welcher Ignoranz die österreichische Bundesregierung Lohn- und Sozialdumping begegnet“.

Österreich ist beim grenzüberschreiten den Lohndumping das am stärksten betroffene Land in der EU.

Der Arbeitsmarkt brauche ebenso eine Aufsicht wie es sie im Bereich der Banken bereits gibt. „Die Rechte von Beschäftigten sind Hartinger-Klein, Kurz und Co völlig egal. Wenn aber die Konzerne und Sponsoren Gesetzesänderungen bestellen, wird

brav geliefert“, kritisierte auch Leichtfried das Verhalten der Kurz-Strache-Regierung.

EU-Kommission drängt auf Umsetzung

Auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker drängt auf einen raschen Beschluss der Behörde, die kontrollieren soll, ob Mindestlöhne und Sozialstandards in den Mitgliedsländern eingehalten werden. Es sei ein „Skandal“, dass manche Länder Sozialdumping „praktisch als Staatsräson“ betreiben, sagte Juncker anlässlich des Europadialogs im ÖGB-Haus.

Er habe gehört, dass sich auch die österreichische Bundesregierung mit dem Thema Arbeitsmarktbehörde „schwer“ tue. Aber: „Ich treffe den Kanzler heute um Sieben. Um Viertel nach Sieben ist das geregelt“.

Bei einem Pressestatement nach einem Arbeitstreffen zwischen Juncker und Bundeskanzler Sebastian Kurz war von der Arbeitsbehörde aber keine Rede mehr. Sie sei „nicht groß“ besprochen worden, sagte der Kanzler zur Austria Presse Agentur.

JA! zum JVR

Für die Demokratie!

Trotz massiver Proteste plant die Bundesregierung nach wie vor, die Jugendvertrauensräte abzuschaffen, obwohl selbst türkise und blaue Landesverbände gegen die Streichung auftreten. So sprachen sich unlängst ÖVP und FPÖ im oberösterreichischen Landtag gegen die völlig willkürliche Abschaffung der Lehrlings-VertreterInnen aus.

In Wien bleiben ÖVP und FPÖ allerdings klar auf Regierungslinie – und unterstützten eine von SPÖ und GRÜNEN eingebrachte Resolution zum Erhalt des Jugendvertrauensrates nicht.

Daniel Prednik, Vorsitzender der GBH-Jugend, ist empört: „Tagtäglich setzen sich demokratisch gewählte Jugendvertrauensräte für die gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Interessen der jungen ArbeitnehmerInnen ein. Ihnen so in den Rücken zu fallen, ist ungeheuerlich!“

Was wollen ÖVP und FPÖ den Jugendlichen damit sagen? Hört auf, euch zu engagieren, wir brauchen eure neuen Ideen nicht!“

Prednik abschließend:

Gemeinsam mit dem Angriff auf die Pressefreiheit wird es immer klarer, was die Regierung von Demokratie hält. Aber sie soll sich nicht zu früh freuen. Wir werden weiter für eine starke betriebliche Jugendvertretung kämpfen!

facebook.com/
deinegbh

NEIN zur 60-Stunden-Woche NEIN zum 12-Stunden-Tag

So geht's nicht!

Die Industrie bestellt, die Regierung liefert, und die ArbeitnehmerInnen bezahlen mit ihrer Gesundheit, ihrer Freizeit und ihrem Geld:

Unsere Gesundheit

Längere Arbeitszeit bedeutet massiv mehr Unfälle, das Schlaganfall- und Herzinfarkttrisiko steigt rapide an.

Das ist ein Frontalangriff auf ein gutes Leben, wie wir es fordern.

Unsere Freizeit

Überstunden abzulehnen, wird kaum mehr gehen – Familie, Freundschaften, Sport und ehrenamtliche Tätigkeiten bleiben auf der Strecke.

Diese zutiefst persönliche Einschränkung lehnen wir ab!

Unser Geld

Zuschläge für die 11. und 12. Stunde, die derzeit in Betriebsvereinbarungen fixiert sind, werden entfallen.

Das ist Lohnraub!

neinum12sturentag.at

**Widerstand ist
Mitgliedschaft**
Gewerkschaft **BAU-HOLZ**



Österreichische Post AG, MZ 02Z031778 M, ÖGB-Verlag, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Retouren an PF 100 1350 Wien

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

HERZLICHEN DANK!

DVR-Nr. 0046655

ZVR 576 439 352

F-05